# Handelsblatt

Handelsblatt print: Heft 132/2022 vom 12.07.2022, S. 1 / Specials

### Flaute am Windmarkt

In Deutschland werden immer weniger Windräder neu aufgestellt. Die Betreiber fordern mehr Tempo bei Genehmigungen, die Hersteller zieht es ins Ausland.

Der Ausbau der Windkraft in Deutschland stockt. Das zeigen vorläufige Zahlen der Fachagentur Windenergie an Land (FA Wind), die dem Handelsblatt exklusiv vorliegen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden hierzulande lediglich 235 Anlagen neu aufgestellt. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, müssten laut der FA Wind pro Jahr dreimal mehr Turbinen installiert werden.

"Räumen wir die noch bestehenden Blockaden nicht zeitnah ab, droht nicht nur die Erreichung unserer Klimaschutzziele zu scheitern, sondern auch der Versuch, uns von den Fesseln der fossilen und atomaren Energieabhängigkeit zu befreien", warnt Experte Jürgen Quentin von der FA Wind.

Seit Jahren beklagt die Branche hohe Auflagen und schleppende Genehmigungen in Deutschland. Die jüngsten Zahlen stehen in starkem Kontrast zum Ziel der Bundesregierung, bis zum Jahr 2030 80 Prozent des Strombedarfs über erneuerbare Energien zu decken. Im vergangenen Jahr waren es rund 41 Prozent, wovon rund 24 Prozent auf Windkraft entfielen. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und die möglichen Ausfälle russischer Gaslieferungen verstärken die Notwendigkeit, mehr Windenergie zu erzeugen.

Der langsame Ausbau trifft auch die Hersteller. Siemens-Gamesa-Chef Jochen Eickholt klagt im Gespräch mit dem Handelsblatt über zu wenig Volumen und anhaltenden Preisdruck. Siemens Gamesa und andere europäische Weltmarktführer wie Vestas und Nordex verlegen in der Folge immer mehr Produktionsstätten ins Ausland.

So ist Deutschland zwar noch eines der Länder mit den meisten Windrädern. Was neue Installationen angeht, stehen auf dem globalen Markt jetzt aber China, die USA und Brasilien an der Spitze. Der schleppende Ausbau trifft die Hersteller der Turbinen in einer Zeit, in der sie ohnehin mit Kostensteigerungen zu kämpfen haben. Siemens-Gamesa-Chef Eickholt sieht sich von "hohen Energie- und Rohstoffpreisen belastet". Tatsächlich ist die Lage einiger Turbinenhersteller bereits desaströs. Der Auricher Windkonzern Enercon beantragte Anfang Juli staatliche Hilfen von einer halben Milliarde Euro, das Hamburger Unternehmen Nordex sorgte mit einer Kapitalerhöhung über 212 Millionen für einen Puffer.

Seit Jahren kommt der Ausbau im einst größten Windmarkt der Welt kaum noch voran. Das gilt für die Anlagen an Land ebenso wie auf See, wo sich die Betreiber eine besonders hohe Windausbeute erhoffen.

"Wir sind auf einem historischen Tief, das sich schon seit 2019 eingestellt hat", sagt Quentin von der FA Wind. Seitdem wurden nie mehr als 500 Windräder pro Jahr aufgestellt. Um das neue Klimaziel zu erreichen - ein Anteil von 80 Prozent erneuerbarem Strom bis 2030 -, müssten jährlich eigentlich 1500 bis 2000 Anlagen gebaut werden. Das ist zwar ambitioniert, aber nicht ausgeschlossen, schließlich sind solche Zahlen schon einmal erreicht worden: Zwischen 2014 und 2017 wurden jährlich 1500 Windräder pro Jahr gebaut.

Die Gründe für den seither stockenden Ausbau sind vielfältig. Zu wenig verfügbare Flächen, strenge Abstandsregeln, langwierige Genehmigungsverfahren und immer mehr Klagen gegen die kirchturmhohen Anlagen hemmen den Windmarkt. Dabei sind die Zahlen zwar etwas besser als noch vor drei Jahren, stagnieren jedoch auf einem niedrigen Niveau.

Besonders schlecht haben die Bundesländer Berlin, Bremen und Hamburg abgeschnitten - dort wurde in den ersten sechs Monaten des Jahres kein einziges Windrad hinzugebaut. Spitzenreiter ist dagegen Schleswig-Holstein mit 72 Anlagen, gefolgt von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Niedersachsen. Die meisten Länder installierten zwischen null und zehn neue Windräder innerhalb des ersten Halbjahrs 2022.

Das soll sich durch das am Donnerstag vom Bundestag verabschiedete Osterpaket von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ändern. Für die Windenergie werden über die nächsten Jahre zwei Prozent der Landesfläche in jedem Bundesland reserviert.

Sonderregeln der Länder könnten fallen Das ist mehr als eine Verdopplung der derzeit für Windkraft genutzten Flächen. Um das zu erreichen, sollen die Länder gesetzlich in die Pflicht genommen werden, mehr Flächen für Windräder auszuweisen. Bis Ende 2032 gelten hier jedoch für einzelne Länder unterschiedliche Zielvorgaben, da auch die Voraussetzungen von Bundesland zu Bundesland verschieden sind.

Allerdings fehlt es vielerorts an verfügbarer Fläche. Aktuell sind laut Habeck lediglich rund 0,8 Prozent der Bundesfläche für

### Flaute am Windmarkt

die Windenergie an Land ausgewiesen, tatsächlich verfügbar seien sogar nur 0,5 Prozent. Das liegt unter anderem daran, dass manche Länder besonders strenge Sonderregeln haben.

So gilt in Bayern die sogenannte 10H-Regel: Beim Bau neuer Windräder muss ein Mindestabstand vom Zehnfachen der Anlagenhöhe zur nächsten Wohnbebauung eingehalten werden. In Thüringen wurden wiederum Windräder im Wald komplett untersagt.

Solche Abstandsregeln zu Gebäuden fallen nach dem neuen Gesetz weg, wenn die Länder ihre jeweiligen Vorgaben nicht erreichen. Länder, die ihren Anteil übererfüllen, können aber auch Windkraftflächen an andere Länder per Staatsvertrag übertragen. An das Zwei-Prozent-Ziel kommen mit Schleswig-Holstein, Hessen und dem Saarland aktuell gerade einmal drei Länder heran.

Auch die Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen erleichtert werden. Unter anderem dadurch, dass Habeck den Ausbau erneuerbarer Energien als von "überragendem öffentlichem Interesse" erklärt hat. Ihnen wird nun bei der sogenannten Schutzgüterabwägung Vorrang eingeräumt. Schutzgüter sind unter anderem Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Landschaft und auch die menschliche Gesundheit. All das soll jetzt hinter dem Ausbau der Erneuerbaren zurückstehen. Sogar den Naturschutz hat der Grünen-Politiker neu definiert, um den Ausbau der Windkraft wieder in Fahrt zu bringen. Künftig soll nicht mehr das Risiko eines einzelnen Flugtieres in Betracht gezogen werden, sondern nur noch die Gesamtpopulation der jeweiligen betroffenen Art ins Gewicht fallen. Ein einzelner Rotmilan etwa kann künftig kein Windrad mehr verhindern, solange es in ganz Deutschland genug Rotmilane gibt.

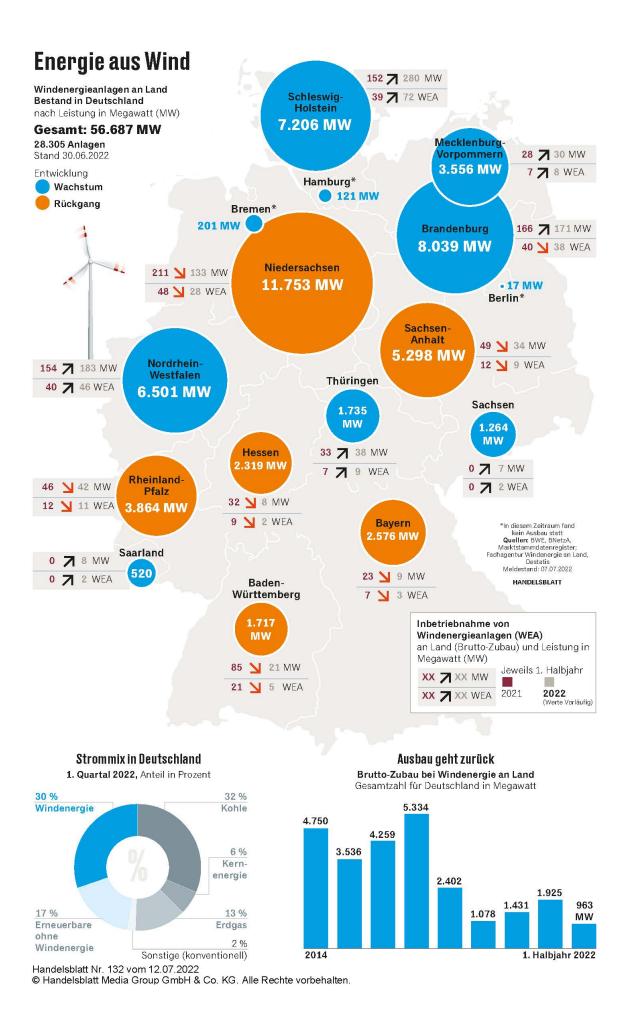
Eine Entscheidung, die besonders bei Naturschutzverbänden für Unmut gesorgt hat. Die Regelung stehe im Konflikt mit dem EU-Recht, das auch Vogelarten jenseits der Artenliste schützt, kritisierte der Naturschutzbund (Nabu). Auch aus den eigenen Reihen erfährt Habeck für seine Pläne starken Gegenwind.

So ist Rainer Borcherding, Kreisvorsitzender der Grünen in Schleswig-Flensburg, nach Verabschiedung des Osterpakets am Donnerstag zurückgetreten: "Ich trage die Bemühungen zur Beschleunigung der dringend überfälligen Energiewende in allen wesentlichen Punkten mit", schreibt er in einer Erklärung. Jedoch seien die neuen Windkraft- und Naturschutzgesetze auf Bundesebene, an denen Robert Habeck als Wirtschaftsminister maßgeblich mitgewirkt habe, in ihrer Wirkung auf die Artenvielfalt "unerträglich", hieß es weiter.

#### ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Wir sind auf einem historischen Tief, das sich schon seit 2019 eingestellt hat.

Jürgen Quentin FA Wind



## Flaute am Windmarkt

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Windenergieanlagen in Deutschland: Bestand und Entwicklung nach Bundesländern 30.06.2022, Strommix 1. Quartal 2022, Brutto-Zubau bei Windenergie an Land 2014 bis 1. Halbjahr 2022 (MAR / Grafik)

Knitterscheidt, Kevin Witsch, Kathrin

**Quelle:** Handelsblatt print: Heft 132/2022 vom 12.07.2022, S. 1

Ressort: Specials

Branche: ENE-01 Alternative Energie

ENE-16 Strom

**Dokumentnummer:** 31C0B5E7-9E77-4C19-A97B-E072E14DBEF0

### Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB 31C0B5E7-9E77-4C19-A97B-E072E14DBEF0%7CHBPM 31C0B5E7-9E77-4C19-A97B-E072E14DBEF0%7C19-A97B-E072E14DBEF0%7C19-A97B-E072

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH